

Thomas Raithel

Noch immer ein Schreckbild?

Das heutige Deutschland und die Weimarer Republik

Noch immer ist das Schreckbild nicht verschwunden. Wenngleich seine Wirkung nicht mehr an frühere Zeiten heranreicht, lässt es sich doch in der öffentlichen Diskussion Deutschlands wieder erkennen. Die Frage, ob und inwiefern es „Parallelen zur Situation in der Weimarer Republik“ gibt,¹ ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Bestandteil von Krisendiskursen geworden. Damit hat der düstere Topos von den „Weimarer Verhältnissen“ – so beispielsweise der Titel einer Artikelserie 2017 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ)² – neue Aktualität gewonnen.

Der folgende Beitrag skizziert die heutige deutsche Beziehung zur Geschichte der ersten demokratischen Staatsgründung in Deutschland in drei Schritten, wobei sowohl die politische Öffentlichkeit als auch die Geschichtsschreibung Beachtung finden: Am Anfang steht die Frage nach den Schwerpunkten und Kontexten der in Politik und Öffentlichkeit intensivierten Erinnerung an Weimarer Problemlagen. Danach folgt ein Blick auf die geschichtswissenschaftlichen Bilder der Weimarer Demokratie. Der dritte Teil diskutiert dann unter verschiedenen Blickwinkeln Nähe und Ferne „Weimars“ zur heutigen Bundesrepublik. Ein kurzes Resümee bildet den Abschluss.

I. Das gegenwärtige öffentliche Interesse

Die aktuelle deutsche Vergegenwärtigung der Zwischenkriegszeit und der Weimarer Republik hängt primär mit den ökonomischen und politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre zusammen. Einen ersten Anstoß gab die 2007 ausgebrochene globale Finanzkrise, die in Deutschland wie auch in anderen Staaten

¹ So die Debatte resümierend Lorenz Abu Ayyash, Editorial, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) 40-42/2016, S. 3. – Für Recherchen zu diesem Beitrag danke ich Franziska Meier und Moritz Herzog-Stamm; für Hinweise und Kritik danke ich Eva Oberloskamp und Johannes Hürter.

² Es handelte sich um ein Kooperationsprojekt mit dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) und dem Bayerischen Rundfunk. Von April bis Juli 2017 haben fünf Historikerinnen und Historiker (Andreas Wirsching, Werner Plumpe, Horst Möller, Ute Daniel und Hélène Miard-Delacroix) sowie zwei Politikwissenschaftler (Herfried Münkler und Jürgen W. Falter) verschiedene Aspekte der „Weimarer Verhältnisse“ (Wirtschaft, Parteiensystem, NSDAP, Öffentlichkeit, internationales System, Außenwahrnehmung) mit vergleichendem Blick zur Gegenwart behandelt. Vgl. die Bilanz von Andreas Wirsching in: FAZ vom 17.7.2017: „Weimarer Verhältnisse?“. Alle Beiträge sind online zugänglich über www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/weimarer-verhaeltnisse/ (soweit Internet-Links angeführt werden, ist das letzte Zugriffsdatum der 12.12.2017). Eine Buchpublikation erscheint demnächst: Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hrsg.), *Weimarer Verhältnisse? Lektionen für unsere Demokratie*, Ditzingen 2018.

den Vergleich zur Weltwirtschaftskrise ab Oktober 1929 provozierte. „Wiederholt sich die Geschichte doch?“, fragte beispielsweise im Frühjahr 2009 ein *Spiegel*-Titel, und der dazugehörige Artikel beschwor „unheimliche Parallelen“. ³ Gleichzeitig erschienen in der Presse freilich auch Beiträge, die derartige Parallelisierungen zurückwiesen. ⁴ Einen weiteren Impuls für Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit gab seit 2010 die europäische „Schuldenkrise“. Manchem Beobachter ließ diese auch für Deutschland die Gefahr eines Staatsbankrotts aufscheinen. ⁵ Der wirtschaftsgeschichtliche Vergleich setzte sich in den Diskussionen über den Austeritätsskurs fort, den die Bundesregierung seit 2010 gegenüber süd-europäischen Staaten einforderte. Der Vergleich zur restriktiven Finanzpolitik, wie sie die von Heinrich Brüning geführten Reichsregierungen praktiziert hatten, lag für die deutschen Kritiker der Sparsamkeitspostulate relativ nahe. ⁶

In jüngster Zeit haben sich die Krisendiskussionen und damit einhergehende Weimar-Vergleiche in den Medien auf das politische Terrain verlegt. Seit Jahren ist auch in Deutschland von einer „Krise der Demokratie“ die Rede. ⁷ Es war daher folgerichtig, dass Frank-Walter Steinmeier im März 2017 das Thema „Demokratie“ in den Mittelpunkt seiner ersten Rede als Bundespräsident gestellt und um Vertrauen für die demokratische Staatsform geworben hat. Dabei erinnerte er auch an die Weimarer Republik als Fanal für das mögliche Scheitern einer Demokratie: „Die Geschichte der Weimarer Demokratie – deren 100. Jubiläum wir im nächsten Jahr begehen – zeigt doch, dass die Demokratie weder selbstverständlich noch mit Ewigkeitsgarantie ausgestattet ist. Dass sie – einmal errungen – auch wieder verloren gehen kann, wenn wir uns nicht um sie kümmern.“ ⁸

Im Hintergrund der jüngsten deutschen Demokratie-Debatten stehen zum einen innenpolitische Entwicklungen, vor allem der Aufstieg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD), die von der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 stark profitieren konnte. Seit dem Gewinn von 12,6 Prozent der Stimmen

³ Vgl. Der Spiegel vom 27.4.2009: „Unheimliche Parallelen“. Ähnlich z. B. Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 17.5.2010: „1929 und 2008“ (Ulrich Schäfer); www.sueddeutsche.de/geld/finanzkrise-und-1.706025. Die Zahl der exemplarischen Pressebelege wie auch der Literaturangaben muss im Folgenden eng begrenzt bleiben.

⁴ Beispielsweise vgl. Die Welt vom 18.3.2008: „Der Vergleich mit 1929 passt einfach nicht“ (Peter Gillies); www.welt.de/finanzen/article1814906/Der-Vergleich-mit-1929-passt-einfach-nicht.html.

⁵ Mit Bezug auf den Hamburgischen Bankrott 1931 vgl. Die Welt vom 8.10.2011: „So schnell kann ein Staat Bankrott machen“ (Uwe Bahnsen); www.welt.de/wirtschaft/article13648844/So-schnell-kann-ein-Staat-Bankrott-machen.html; vgl. generell auch Marc Hansmann, Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive, 2., durchgesehene Aufl., München 2012.

⁶ Zur Diskussion vgl. SZ vom 26.2.2012: „Das Gespenst von Weimar“ (Harald Freiburger/Marcus Zydra); www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-krise-im-historischen-vergleich-das-gespenst-von-weimar-1.1293486.

⁷ Vgl. Wolfgang Merkel, Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: APuZ 40-42/2016, S. 4-11.

⁸ Frank-Walter Steinmeier, Vereidigung als Bundespräsident vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, 22.3.2017; www.bundespraesident.de/Shared-Docs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/03/170322-Vereidigung.html.

in der Bundestagswahl 2017 ist die AfD als drittstärkste Fraktion im Bundestag vertreten und hat dazu beigetragen, dass die Mehrheits- und Regierungsbildung erheblich erschwert wurde. Auch die Heftigkeit xenophober Stimmen gab Anlass zu Weimar-Vergleichen.⁹ Einfluss auf die Diskussion gewannen zum anderen auch die weltweit zu beobachtenden Probleme und Verfallserscheinungen demokratischer Systeme sowie der Attraktivitätsgewinn „neue[r] Formen autokratischer Herrschaft“.¹⁰

Vergleiche mit der Zwischenkriegszeit und speziell mit der Weimarer Republik, die im Kontext dieser Entwicklungen gezogen wurden, führten meist zur Feststellung erheblicher Unterschiede. Die gegenwärtigen Problemlagen wurden daher in der Regel als weniger brisant bewertet oder als grundsätzlich anders gartert eingestuft.¹¹ Entsprechend rar geworden sind Gefahrenwarnungen für die bundesdeutsche Demokratie, die auf konkrete historische Parallelen gestützt sind. Auch die Bilanz der erwähnten Artikelserie in der *FAZ* belässt es letztlich bei einem generellen Appell zur Wachsamkeit gegenüber möglichen Gefährdungen von Demokratien.¹²

Eine gewisse Gelassenheit zeigte sich insbesondere auch beim Umgang mit der schwierigen innenpolitischen Situation nach der Bundestagswahl 2017. Als sich beispielsweise eine Kommentatorin der linksalternativen *taz* Ende September 2017 gegen die polarisierende Benennung der AfD als „Nazipartei“ wandte, stellte sie selbstbewusst fest: „Wir können das besser. Schließlich leben wir eben nicht in der Weimarer Republik, sondern in einer stabilen Demokratie, und das spiegelt so auch der neue Bundestag wider.“¹³ Entsprechend ist auch die bis in die 1950er Jahre zurückreichende Selbstvergewisserung, dass „Bonn“ beziehungsweise ab 1991 „Berlin“ „nicht Weimar“ sei, in jüngster Zeit wieder öfter zu lesen oder zu hören.¹⁴

Neben der Indienstnahme der Weimarer Republik für eine Selbstvergewisserung in Zeiten ökonomischer und politischer Verunsicherung sorgte – in den zitierten Worten Steinmeiers klang dies bereits an – ein zweiter Faktor dafür, dass sich in Deutschland das Interesse an der Geschichte Weimars intensiviert hat: 2018/19 jähren sich die Revolution von 1918/19 und die Verkündung der Wei-

⁹ Vgl. *FAZ* vom 24.1.2016: „Geißler fühlt sich an Weimarer Verhältnisse erinnert“; www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlingsdebatte-geissler-fuehlt-sich-an-weimarer-verhaeltnisse-erinnert-14031534.html.

¹⁰ Wolfgang Merkel, Die neuen Diktaturen, in: *Frankfurter Hefte* (64) 2016, S. 17-20, hier S. 18. Zur transnationalen Wahrnehmung vgl. z. B. *SZ* vom 13.8.2016: „Westliche Demokratien sind bedroht“ (Andreas Wirsching); www.sueddeutsche.de/kultur/extremismus-die-westlichen-demokratien-duerfen-sich-nicht-zu-sicher-fuehlen-1.3111325.

¹¹ Vgl. *Focus* vom 15.2.2016: „Gerät Deutschlands Demokratie in Gefahr wie einst in der Weimarer Republik?“ (Harald Wiederschein); www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/umstrittener-weimar-vergleich-warum-wir-keine-weimarer-verhaeltnisse-haben-der-vergleich-aber-etwas-gutes-hat_id_5279162.html.

¹² Vgl. *FAZ* vom 17.7.2017: „Weimarer Verhältnisse?“.

¹³ *taz* vom 27.9.2017: „Soll man sie eine Nazipartei nennen?“ (Johanna Roth); www.taz.de/!5447952/.

¹⁴ Vgl. *taz* vom 21.11.2017: „Berlin ist nicht Weimar“ (Barbara Junge); www.taz.de/!a34179/.

marer Reichsverfassung im August 1919 zum 100. Mal. Angesichts der medialen Fixierung auf runde Jahrestage ist dies von erheblicher Bedeutung für das öffentliche Interesse. Möglicherweise wird in diesem Zusammenhang die Erinnerung an die schwierige und zunächst durchaus erfolgreiche demokratische Staatsgründung von 1918/19 in verstärktem Maße positive Akzente gewinnen. Bislang aber dominiert das in den vergangenen Jahren wieder kräftiger gewordene Krisenbild der Weimarer Republik. Dieses ist gleichzeitig ein Kontrastbild, das keine wirklichen Besorgnisse für die Gegenwart mehr zu wecken vermag und von dem sich die bundesdeutsche Wirklichkeit wohltuend abhebt.

II. Geschichtswissenschaftliche Weimarbilder

Die deutsche Zeitgeschichtsschreibung hat sich intensiv mit der Weimarer Republik beschäftigt.¹⁵ Im Laufe der Zeit entwickelten sich dabei verschiedene langfristige wirksame Interpretationsmuster, die – bis in die jüngste Zeit – in enger Beziehung zur politischen Entwicklung Deutschlands seit 1945 standen.

Die ersten deutschen Weimar-Gesamtdarstellungen in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre hatten noch ein relativ positives Bild gezeichnet, das die Leistungen der Weimarer Republik in den Vordergrund rückte. Deren Scheitern wurde primär externen Faktoren zugeschrieben, etwa dem Verhalten der Westalliierten nach dem Ersten Weltkrieg oder der Weltwirtschaftskrise. Diese Perspektive lässt sich als Gegenposition zur nationalsozialistischen Schmähung Weimars und als notwendiger Kontext einer erneuten Demokratiegründung verstehen.¹⁶ Bereits Ende der 1940er Jahre wurde die Weimarer Republik im Zuge der Ausarbeitung des Grundgesetzes jedoch zu einer Negativfolie für die Bundesrepublik – was sich in diversen grundgesetzlichen Bestimmungen spiegelt, die auf Weimarer „Lehren“ reagierten.

Im Laufe der 1950er Jahre setzte sich dann in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft ein insgesamt sehr kritisches Bild durch. Dieses stellte das Scheitern der Demokratie in den Mittelpunkt und brachte ihr Schicksal vor allem mit inneren Schwächen in Verbindung. „Weimar“ wurde so zum Lehrstück für die frühe Bundesrepublik. Dabei diente der historische Bezug seit der politischen Konsoli-

¹⁵ Eine Gesamtdarstellung der Weimar-Geschichtsschreibung steht noch aus. Wichtige Beiträge liefern: Andreas Rödder, Zur Geschichte der Weimar-Forschung. Kommentierte Bibliographie, in: Ders. (Hrsg.), Weimar und die deutsche Verfassung. Zur Geschichte und Aktualität von 1919, Stuttgart 1999, S. 137-149; Wolfram Pyta, „Weimar“ in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft, in: Christoph Gusy (Hrsg.), Weimars lange Schatten. „Weimar“ als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 21-62, und Sebastian Ullrich, Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009. – Der vorliegende Beitrag beschränkt sich weitgehend auf die bundesdeutsche Weimar-Forschung, die eine wissenschaftliche Führungsrolle besaß und die lange Zeit prägend für die Weimar-Diskurse der bundesdeutschen Öffentlichkeit war.

¹⁶ Hinzu kam, dass die wichtigsten Autoren selbst Akteure der Weimarer Zeit waren: Friedrich Stampfer, Die ersten vierzehn Jahre der deutschen Republik, Offenbach ²1947, und Ferdinand Friedensburg, Die Weimarer Republik, Berlin 1946.

dierung der Bonner Republik vorrangig zur Abgrenzung und zur Selbstvergewisserung, nun auf einem besseren Wege zu sein. Die 1956 von dem Schweizer Publizisten Fritz René Allemann formulierte Maxime „Bonn ist nicht Weimar“ brachte dieses Bewusstsein auf den Punkt.¹⁷

Die bundesdeutschen Weimar-Analysen der 1950er Jahre waren in eine totalitarismustheoretische Gesamtperspektive eingebettet, welche die Weimarer Republik in einem Abwehrkampf gegenüber Extremismen von links und rechts verortete. Im Hinblick auf die inneren Schwächen sind vor allem zwei Erklärungskomplexe zu erkennen. Zum einen ging es seit den grundlegenden Arbeiten von Karl Dietrich Bracher¹⁸ um Fragen der Verfassungsstruktur, insbesondere um das große Gewicht des Reichspräsidenten. Zum anderen gab es vielfach Schuldzuschreibungen an wenig kompromissbereite Parteien, die als Hauptverantwortliche für die „Selbstpreisgabe einer Demokratie“ erschienen.¹⁹ Dieses zum Mainstream der bundesdeutschen Weimar-Historiografie und der politischen Bildung gewordene Bild prägte auf lange Zeit auch die Perception möglicher Gefahren für die bundesdeutsche Politik. Beispielsweise entdeckte Bracher Anfang der 1980er Jahre in offensichtlicher totalitarismustheoretischer „Pfadabhängigkeit“ Analogien zwischen der neu entstandenen Partei der Grünen und der NS-Bewegung.²⁰

Bereits seit den 1960er Jahren verstärkten sich andere Akzente eines negativen Bildes der Weimarer Republik. Parallel zu politisch-gesellschaftlichen Reformbestrebungen in der Bundesrepublik bildete sich eine modernisierungstheoretisch fundierte historische Perspektive aus, die dann seit den 1970er Jahren auch die neue Strömung der Gesellschaftsgeschichte prägte. Das Scheitern der Weimarer Demokratie erklärte sich in nationalkritischer Sichtweise und in Anlehnung an die These vom deutschen Sonderweg primär mit der Dominanz der aus der Kaiserzeit stammenden alten Eliten.²¹ Auch die in den späten 1960er Jahren in Mode kommende Annahme, die Revolution von 1918/19 sei letztlich „unvoll-

¹⁷ Vgl. Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar, hrsg. von Xenia Bahder, Frankfurt a. M. 2000 [zuerst 1956].

¹⁸ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, unveränderter Nachdruck der 5. Aufl., Düsseldorf 1978.

¹⁹ Vgl. Hagen Schulze, Das Scheitern der Weimarer Republik als Problem der Forschung, in: Karl Dietrich Erdmann/Hagen Schulze (Hrsg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1980, S. 23-41, hier S. 30-32.

²⁰ Karl Dietrich Bracher, Zauberformel und Alleinanspruch. Eine Ideologiekritik der Friedensbewegung, in: Die politische Meinung 28 (1983), S. 4-11, hier S. 10.

²¹ Vgl. Hans Mommsen, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar, 1918–1933, Berlin 1998 [zuerst 1989 unter dem Titel „Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang, 1918 bis 1933“]. Ansätze dieses Bildes lassen sich auch schon bei Bracher finden. Speziell zur Sonderwegsthese vgl. ders., Auflösung, S. 5 u. S. 23. Vgl. auch Ullrich, Weimar-Komplex, S. 597 f.

det“ geblieben und habe so das Scheitern der Demokratie präfiguriert,²² lässt sich in diesem Kontext verorten.

In den späten 1980er Jahren kam ein neues Deutungsmuster in die Weimar-Historiografie, das die nationalgeschichtliche Fixierung teilweise aufbrach. Detlev Peukert wies die Sonderwegsthese zurück und stellte die Weimarer Probleme in den Kontext einer generellen Krise der „klassischen Moderne“, die er in Deutschland jedoch in besonderer Weise ausgeprägt sah.²³ Der Begriff der Moderne gewann dabei ein hohes Maß an Ambivalenz. Das Scheitern Weimars resultierte demnach weniger aus inneren Strukturproblemen als vielmehr aus den Widersprüchen und den totalitären Potenzialen der industriegesellschaftlichen Moderne.²⁴ Trotz der Betonung einer Krisenlage enthält dieses Deutungsmuster auch deutliche positive Akzente, indem es die Weimarer Republik als modernen Entfaltungsraum gegenwärtiger Lebensformen begreift.

Spätestens seit den 1990er Jahren hat die Weimarer Republik ihren zentralen Stellenwert für die deutsche Zeitgeschichtsschreibung eingebüßt. Dies hing zum einem mit dem Bedeutungsgewinn der neuen Forschungsfelder Bundesrepublik und DDR zusammen. Zum anderen verlor die Weimarer Zeit offenbar auch dadurch an Relevanz, dass das Interesse für die NS-„Machtergreifung“ schwächer wurde, während die Phase des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust in den Vordergrund trat.²⁵ Und drittens ist darauf zu verweisen, dass die bundesdeutsche Entwicklung immer mehr als „Erfolgsgeschichte“ wahrgenommen wurde²⁶ und das Weimarer Exempel so seine unmittelbar mahnende Funktion einbüßte.

Gleichzeitig hat die Weimar-Forschung an Kohärenz verloren. Die bisherigen Ansätze behielten durchaus eine gewisse Prägekraft, doch zeigten sich auch neue Entwicklungen. So sorgte das Vordringen kulturwissenschaftlicher Ansätze für neue thematische Akzente und für Neubewertungen politischer Prozesse, etwa im Hinblick auf die parlamentarische Integrationskraft.²⁷ Neu war auch, dass international vergleichende Studien, vor allem mit deutsch-französischem Ansatz, die nationalgeschichtliche Beschränkung der Weimar-Forschung durchbrachen und

²² Vgl. Wolfgang Niess, *Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2013, S. 223-228.

²³ Vgl. Detlev J.K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1987.

²⁴ Auffallend ist auch der Vergleich mit industriegesellschaftlichen Krisen der 1980er Jahre wie dem Reaktorunfall von Tschernobyl; vgl. ebenda, S. 271.

²⁵ Vgl. Norbert Frei, *Epochenjahr 1933. Der 30. Januar entschwindet dem historischen Bewußtsein*, in: Ders., *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2009, S. 98-111.

²⁶ Vgl. Edgar Wolfrum, *Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.

²⁷ Vgl. Thomas Mergel, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002, und Heiko Bollmeyer, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*, Frankfurt a. M./New York 2007. Einen Überblick zur neueren Forschung gibt Björn Hofmeister, *Kultur- und Sozialgeschichte der Politik in der Weimarer Republik 1918 bis 1933*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 50 (2010), S. 445-501.

im Hinblick auf die europäische Verortung der Weimarer Republik zu differenzierten Ergebnissen kamen.²⁸

Generell zeichnete sich bereits seit den 1980er Jahren²⁹ ein Trend zur Aufhellung des wissenschaftlichen Weimarbildes ab. Dies betrifft auch Fragen der politischen Entwicklung der Republik, die trotz schwieriger politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedingungen durchaus vielversprechende Ansätze und auch integrative (Teil-)Erfolge zeigte. Mit diesem Trend verband sich seit den 1990er Jahren partiell eine Historisierung und Zurückweisung der Krisenparadigmen³⁰ sowie eine mehr oder minder ausgeprägte Abwendung von der Frage nach den Ursachen für das Scheitern.³¹ Wie fragwürdig eine zunehmend positive Färbung des Weimarbildes freilich werden kann, zeigt der kürzlich unternommene Versuch, Weimar als Normalfall einer „Demokratie im Werden in einer Welt entstehender westlicher Demokratien“ zu betrachten und die Schwierigkeiten der ersten nationalstaatlichen deutschen Republik in einer abstrakt-diffusen „westlichen“ Gesamtsicht zu nivellieren.³²

Dass bei manchen Historikern die Krisenwahrnehmung der Weimarer Republik verblasst, hängt – neben dem Bemühen, sich von einer „älteren“ Forschung abzusetzen – wohl auch mit dem bereits erwähnten Erfolgsnarrativ zur Bundesrepublik zusammen, die seit der Wiedervereinigung innerhalb der westlichen Welt immer mehr eine führende Rolle übernahm. Das einstige Lehrstück der Weimarer Republik verlor dabei ebenso weiter an Relevanz wie die kritische Auseinandersetzung mit Besonderheiten der nationalstaatlichen Tradition.

²⁸ Vgl. mehrere Studien, die am IfZ entstanden sind: Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39*, München 1999; Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich, 1918–1933/36*, München 2000; Thomas Raitzel, *Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationskrisen der 1920er Jahre*, München 2005; Petra Weber, *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat*, München 2010, und Eva Oberloskamp, *Fremde neue Welten. Reisen deutscher und französischer Linksintellektueller in die Sowjetunion 1917–1939*, München 2011. Für einen anderen Grundakzent, der eher die deutsch-französischen Analogien betont, vgl. Moritz Föllmer, *Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930*, Göttingen 2002.

²⁹ Vgl. Horst Möller, *Die Weimarer Republik. Eine unvollendete Demokratie*, München 1985 [zuerst 1985 unter dem Titel „Weimar. Die unvollendete Demokratie“].

³⁰ Vgl. Moritz Föllmer/Rüdiger Graf/Per Leo, Einleitung, *Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik*, in: Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hrsg.), *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 9–41.

³¹ Vgl. Peter Fritzsche, *Did Weimar fail?*, in: *The Journal of Modern History* 68 (1996), S. 629–656.

³² Tim B. Müller, *Demokratie und Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik*, in: *VfZ* 62 (2014), S. 569–601, hier S. 601. Vgl. auch ders., *Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien*, Hamburg 2014. Kritik z. B. bei Claus-Dieter Krohn, *Neue Geschichtsmetaphysik. Tim B. Müllers Blick auf die Weimarer Republik*, 2014: www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Forum/Krohn_M%C3%BCller.pdf.

Das heutige Forschungsbild der Weimarer Demokratie besitzt, nicht zuletzt auch wegen der Reichhaltigkeit der Erträge, ein hohes Maß an Pluralität, an Komplexität und auch an Unübersichtlichkeit. Dies gilt in besonderer Weise für die Frage des Scheiterns, wobei der Verweis auf den vielfältigen und hohen Problemdruck zweifellos breite Zustimmung findet.³³ Im Verhältnis zur öffentlichen Diskussion mit ihrer Revitalisierung des Schreckbildes zeigt sich ein doppeltes Spannungsverhältnis: Einerseits sind Historiker, die um Rat gefragt werden, in der Regel sehr vorsichtig mit einer Parallelisierung zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik.³⁴ Andererseits steht die damit verbundene Wieder-Akzentuierung krisenhafter „Weimarer Verhältnisse“ in einem gewissen Widerspruch zur Aufhellung des Weimarbildes in Teilen der Geschichtsschreibung.

III. Nähe und Ferne der Weimarer Republik

Der Vergleich gegenwärtiger, als krisenhaft wahrgenommener Vorgänge mit den Problemen der Weimarer Zeit ist in der deutschen Öffentlichkeit noch immer ein naheliegender Reflex. Insofern steht die Weimarer Republik – genau genommen das seit den späten 1940er Jahren angelegte sehr kritische Bild von ihr – auch heute noch in erstaunlicher Nähe zur deutschen Gegenwart. Hierin spiegelt sich der hohe Stellenwert, den das mahnende Exempel der Weimarer Republik jahrzehntelang für die politische Kultur der Bundesrepublik besessen hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass das in den Medien verbreitete Weimarbild weitgehend unberührt von neueren geschichtswissenschaftlichen Einschätzungen geblieben ist.

Wenn man die Frage nach der Nähe auch auf die Analyse politischer Ähnlichkeiten und Analogien bezieht, so ist die Republik von Weimar im Laufe der langen bundesdeutschen Demokratiegeschichte und der Ausbildung eines vielfältigen demokratischen Traditions- und Selbstbewusstseins doch in weite Ferne gerückt. Von Aktualität kann insofern keine Rede mehr sein. Sicher, es gibt zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik wichtige Kontinuitätslinien, die trotz bedeutsamer Differenzen kaum zu übersehen sind – etwa in den Strukturen des Parteiensystems oder in grundlegenden Verfassungsstrukturen. Im Hinblick auf den Vergleich gegenwärtiger Probleme mit den „Weimarer Verhältnissen“ muss aber vor kurzschlüssigen Analogien gewarnt werden. Letztere waren durchweg erheblich schwieriger und – wenn man an dem Begriff als analytische Kategorie festhält – krisenhafter als scheinbar analoge bundesdeutsche Problemlagen. Dies gilt beispielsweise für die Ausbildung der politischen Extreme, für die demokratische Substanz der die Republik tragenden Parteien, für

³³ Vgl. Ursula Büttner, *Weimar. Die überforderte Republik, 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008, S. 498: „Längst herrscht Einigkeit darüber, daß das Zusammentreffen einer Vielzahl von Faktoren der Republik zum Verhängnis wurde. Den einzelnen Ursachen wird aber ganz unterschiedliches Gewicht beigemessen, so daß disparate Deutungen entstehen.“

³⁴ Neben der in Anm. 1 erwähnten FAZ-Serie exemplarisch vgl. Elke Seefried, *Die Krise der Weimarer Demokratie. Analogien zur Gegenwart?*, in: *APuZ* 40-42/2016, S. 18-23.

die Stabilität von Regierungen und nicht zuletzt auch für die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen.

Auch die Grundkategorien, auf die sich die Politik bezieht, haben sich gewandelt. Dies wird vielleicht nirgends so deutlich wie beim Begriff des Volkes. Die in Deutschland lange Zeit bedeutsame ethnische Konnotation und die Dominanz ganzheitlicher, auf eine vermeintliche Einheit zielender Vorstellungen, wie sie für die Weimarer Zeit noch prägend waren,³⁵ haben sich im politischen Mainstream weitgehend verflüchtigt. Abgesehen von seiner staatsrechtlichen Verwendung ist hier der Begriff Volk inzwischen relativ selten geworden, stattdessen dominieren Termini, die sich auf eine individuelle und pluralistische Vielfalt beziehen lassen („Bevölkerung“, „Menschen“, „Bürgerinnen und Bürger“, „Zivilgesellschaft“).³⁶ Reminiszenzen an ein ganzheitliches „völkisches“ Begriffsverständnis, wie sie auf der äußersten Rechten und auch in der AfD derzeit wieder verstärkt zu finden sind, stoßen auf massiven öffentlichen Widerspruch.

Die politische Ferne der Weimarer Republik lässt die Ableitung direkter historischer Lehren und Nutzenwendungen heute noch fragwürdiger erscheinen als in der Vergangenheit. Gleichzeitig kann man mit Recht fragen, ob der Vergleich mit der Weimarer Republik inzwischen nicht ein zu enges nationalstaatliches Politikverständnis impliziert: Das demokratische System in Deutschland steht heute noch stärker in transnationalen Kontexten als zur Weimarer Zeit.³⁷ So ist der Aufstieg des Rechtspopulismus auch in zahlreichen anderen westlichen Staaten zu beobachten gewesen – meist schon früher und in stärkerer Ausprägung als in Deutschland.

Allerdings bietet die Geschichte der ersten deutschen Republik weiterhin, und mit zunehmender Differenzierung der Forschung in verstärktem Maße, einen komplexen Fundus von – stets historisch zu verortendem – Anschauungsmaterial für strukturelle und funktionale Prozesse und Probleme in parlamentarisch-demokratischen Staaten. Dieses Material ist zweifellos auch über die deutschen Grenzen hinaus von Interesse. Neben den Fragen der Regierungsstabilität, die in der Weimar-Forschung traditionell stark beachtet wurden, seien hier exemplarisch auch die negativen Folgen erwähnt, welche die Schwäche einer systemloyalen parlamentarischen Alternative nach sich ziehen kann.³⁸

In einer ganz anderen Perspektive erscheint die Weimarer Republik, wenn sie in Anlehnung an Peukert als Epoche betrachtet wird, in der zukunftsweisende gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen zur Entfaltung kamen. Die Nähe dieser soziokulturellen „Weimarer Moderne“ ist frappierend, von der Kunst über den Städtebau bis hin zur Entfaltung des modernen Sports oder reformpädagogischer Vorstellungen, um nur einige Aspekte zu nennen. Gleichwohl war von

³⁵ Vgl. Jörn Retterath, „Was ist das Volk?“ Volks- und Gemeinschaftskonzepte der politischen Mitte in Deutschland 1917–1924, Berlin/Boston 2016.

³⁶ Ähnlich ebenda, S. 3.

³⁷ Dies ist ein zentrales Argument von Barbara Junge; vgl. taz vom 21.11.2017: „Berlin ist nicht Weimar“.

³⁸ Vgl. ausführlich Raithel, Schwieriges Spiel, S. 115–347 und S. 536–539; mit ähnlichem Urteil z. B. auch Seefried, Krise, S. 19 und S. 23.

dieser Nähe in den jüngsten Debatten um „Weimarer Verhältnisse“ wenig die Rede.

IV. Resümee

Die Weimarer Republik besitzt in Deutschland immer noch eine gewisse (Pseudo-)Aktualität. Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und politischen Krisen der letzten zehn Jahre ist das altbekannte Weimar-Schreckbild wieder aufgetaucht. Große Furcht kann dieses Bild jedoch nicht mehr einflößen. In der Geschichtswissenschaft hat es schon seit Langem an Kraft verloren, und in der Öffentlichkeit wirkt es inzwischen eher wie eine rhetorische Schimäre. Der Schrecken ist weitgehend verflogen – weil sich die einst tiefschwarz gefärbte historiografische Weimar-Perzeption im Laufe der Jahrzehnte differenziert hat, weil sich die bundesdeutsche Demokratie insgesamt positiv entwickelt hat und weil sich die Probleme der Gegenwart kaum noch auf die Weimarer Vergleichsfolie beziehen lassen. Mehr noch: Ein Übermaß an Weimar-Vergleichen droht den Blick auf die großen Themen der Gegenwart – zu denen immer auch die Frage nach dem Zustand der Demokratie gehören muss – eher zu verstellen als zu schärfen.